



Foto: 123rf/Henk Boerman

Foto: nordlicht/Thomas Häntzschel

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 1. Februar 2016

71. Jahrgang/Nr. 26

Berlinausgabe 1,70 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

## STANDPUNKT

### AfD-Obergrenze

René Heilig zur schießwütigen Frauke Petry und warum sich so etwas nicht von selbst entlarvt

Notfalls müssten Polizisten an der Grenze auch von der Schusswaffe Gebrauch machen, um Flüchtlinge aufzuhalten. Ob Frauke Petry selbst einen Waffenschein hat? Egal. Auch ohne sind solche Herrenmenschen kreuzgefährlich. Denn die AfD findet mit ihrer Hetze wider Menschlichkeit wachsenden Zuspruch. In der jüngsten Umfrage des Emnid-»Sonntagstrends« stieg die Partei bundesweit zur drittstärksten Kraft auf. Hinter Union und SPD reiht sie sich ganz demokratisch vor der Linkspartei und den Grünen ein. Was also soll da das Gerede, laut dem die Selbstdemaskierung das beste Mittel gegen die AfD ist? Die wirtschaften nicht einfach ab und auch eine immer wieder angedrohte Beobachtung der organisierten offensichtlichen Verfassungsfeinde stärkt höchstens deren Selbstbewusstsein. Auch die Verweigerung, AfD-Führern öffentlich Paroli zu bieten, wird zumindest von jedem zehnten Bürger als Angst begriffen.

Die Radikalisierung der AfD und anderer in ihrem Schatten kennt keine Grenzen mehr. Doch gerade weil es so eine Horrorvorstellung ist, dass Leute wie Petry, Storch oder Höcke noch mehr politischen Einfluss gewinnen, muss das Zurückweichen der etablierten Parteien aufhören. Sonst wird dumpfer nationalistischer Fremdenhass nach und nach auch hierzulande Staatsräson. Wann endlich einigt man sich in Kommunen, Ländern und bundesweit – über Parteiendifferenzen hinweg – auf eine AfD-Obergrenze? Bevor deren bürgerlich gefällige braune Brühe weiter über alle demokratische Ufer schwappet.

## UNTEN LINKS

Schminke und Kostüme für den Karneval können Farb- und Konservierungsstoffe sowie schädliche chemische Substanzen enthalten. Davor hat jetzt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen gewarnt. NRW ist bekanntlich das Bundesland, in dem die für ihre ausufernde Fröhlichkeit berühmte Stadt Köln liegt – ein Attribut, das auch zu anderen Anlässen, beispielsweise Silvester, für Erbauung und Ausgelassenheit sorgt. Deshalb setzt nicht nur die Verbraucherzentrale, sondern auch Kölns Polizei auf die »Vernunft der Jeckens«, wie der Leiter der Polizeidirektion 1, Peter Römers, es ausdrückte. So solle auf Kostüme, zu denen Waffen gehören, tunlichst verzichtet werden. Das dürfte Piraten, Räubern, Cowboys, Rittern, Köchen (mit Fleischermessern), Terroristen und Polizisten den karnevalistischen Garaus bereiten. Auf die Frage, ob nun auch alle Stimmungskanonen aus dem Verkehr zu ziehen seien, sagte ein Polizeisprecher: »Nur, wenn sie voll sind wie Haubitzen.« *ibo*

ISSN 0323-4940



# ... eine Bewegung zu gründen

Yanis Varoufakis spricht über das Projekt DiEM25 und die Linken in Europa

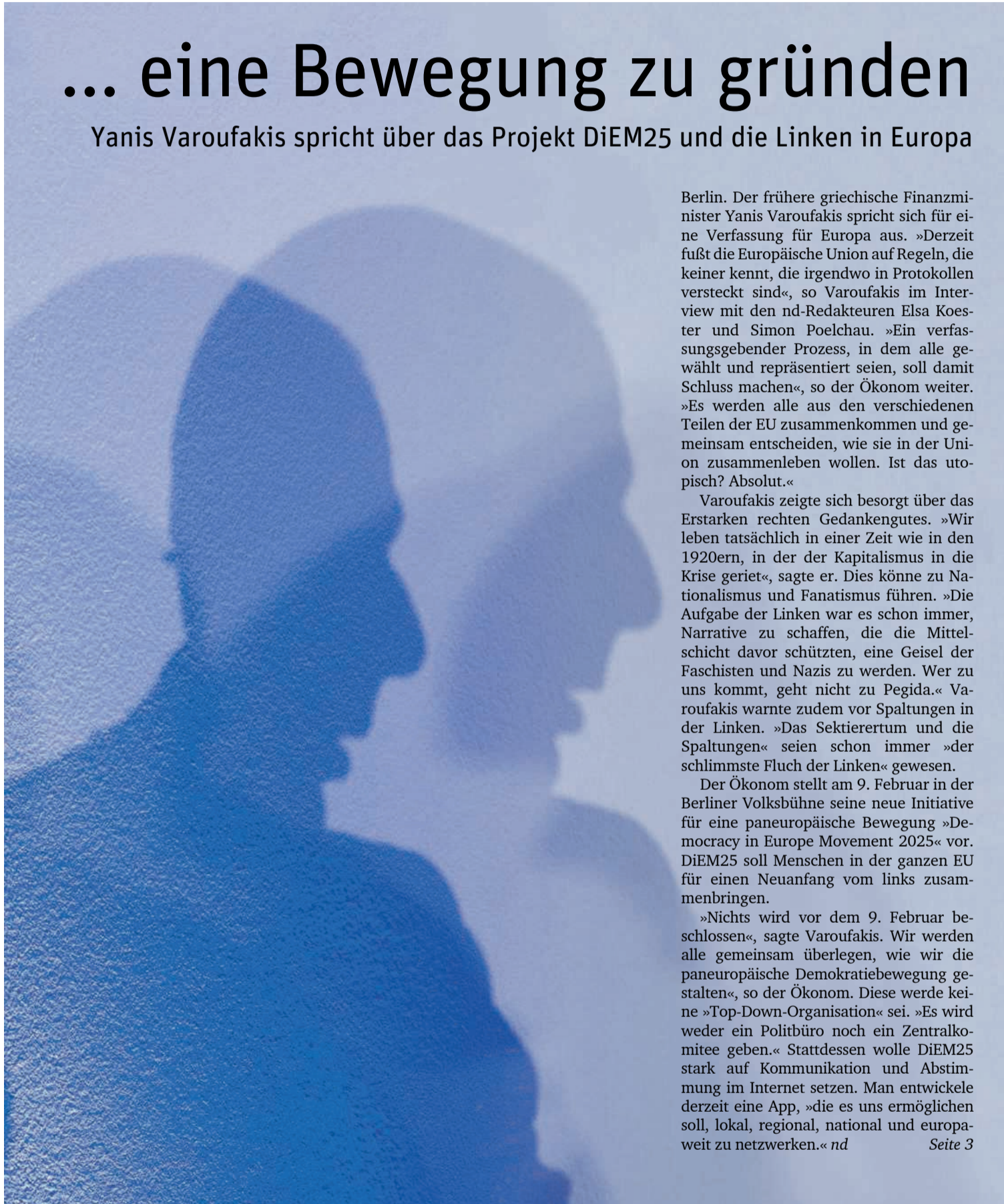


Foto: dpa/Peter Klauzner

Berlin. Der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis spricht sich für eine Verfassung für Europa aus. »Derzeit fußt die Europäische Union auf Regeln, die keiner kennt, die irgendwo in Protokollen versteckt sind«, so Varoufakis im Interview mit den nd-Redakteuren Elsa Koster und Simon Poelchau. »Ein verfassungsgebender Prozess, in dem alle gewählt und repräsentiert seien, soll damit Schluss machen«, so der Ökonom weiter. »Es werden alle aus den verschiedenen Teilen der EU zusammenkommen und gemeinsam entscheiden, wie sie in der Union zusammenleben wollen. Ist das utopisch? Absolut.«

Varoufakis zeigte sich besorgt über das Erstarken rechten Gedankengutes. »Wir leben tatsächlich in einer Zeit wie in den 1920ern, in der der Kapitalismus in die Krise geriet«, sagte er. Dies könne zu Nationalismus und Fanatismus führen. »Die Aufgabe der Linken war es schon immer, Narrative zu schaffen, die die Mittelschicht davor schützten, eine Geisel der Faschisten und Nazis zu werden. Wer zu uns kommt, geht nicht zu Pegida.« Varoufakis warnte zudem vor Spaltungen in der Linken. »Das Sektierertum und die Spaltungen« seien schon immer »der schlimmste Fluch der Linken« gewesen.

Der Ökonom stellt am 9. Februar in der Berliner Volksbühne seine neue Initiative für eine paneuropäische Bewegung »Democracy in Europe Movement 2025« vor. DiEM25 soll Menschen in der ganzen EU für einen Neuanfang vom links zusammenbringen.

»Nichts wird vor dem 9. Februar beschlossen«, sagte Varoufakis. Wir werden gemeinsam überlegen, wie wir die paneuropäische Demokratiebewegung gestalten«, so der Ökonom. Diese werde keine »Top-Down-Organisation« sei. »Es wird weder ein Politbüro noch ein Zentralkomitee geben.« Stattdessen wolle DiEM25 stark auf Kommunikation und Abstimmung im Internet setzen. Man entwickle derzeit eine App, »die es uns ermöglichen soll, lokal, regional, national und europaweit zu netzwerken.« *nd* Seite 3

# AfD will auf Flüchtlinge schießen lassen

Petry sorgt für Empörung / Polizeigewerkschafter: Wer das fordert, will den Rechtsstaat aushebeln

Die AfD-Chefin Petry will, dass Polizisten »notfalls« Schusswaffen gegen Flüchtlingen einsetzen. Das löste weithin Empörung aus – und Zustimmung aus der rechten Ecke.

Von René Heilig

»Wir brauchen umfassende Kontrollen, damit nicht weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können«, sagte Frauke Petry dem »Mannheimer Morgen«. Notfalls müssten Polizisten an der Grenze »auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz«, sagte die Rechtspopulistin. Bereits im November hatte der AfD-NRW-Landesvorsitzende Marcus Pretzell – Petrys Lebensgefährte – für Empörung gesorgt. Auch er hatte gefordert, die deutsche Grenze sei »mit Waffengewalt als Ultima Ratio« zu verteidigen.

Jörg Radek, Vizechef der Gewerkschaft der Polizei, reagierte

auf Petrys jüngste Äußerungen empört. Sie entlarvten »radikales und menschenverachtendes Gedankengut«. An keiner Stelle der Polizeigesetze gebe es die Rechtsnorm, den Grenzübergang von Flüchtlingen mit dem Gebrauch der Schusswaffe zu verhindern. »Wer ein solches radikales Vorgehen vorschlägt, will offenbar den Rechtsstaat aushebeln und die Polizei instrumentalisieren. So etwas hatten wir schon einmal in der deutschen Geschichte, und das wollen wir nie wieder.«

»Nun weiß jeder, mit wem er es zu tun hat«, sagte der Vize-Fraktionschef der LINKEN, Jan Korte. Er nennt die Aussagen Petrys »inhuman, verroht, antidemokratisch«. Sie legten den Schluss nahe, »dass sich Frauke Petry in Nordkorea sicherlich sehr wohlfühlen würde«. Grenzerschießungen und Rassenvorurteile seien die mieseste Wahlwerbung der AfD, twitterte Linksparteichef Bernd Riexinger. »Lasst sie sich weiter demaskieren«, das

sei das »bestes Mittel«. Bei der AfD fielen »die letzten moralischen Hüllen«, meint auch die Grünen-Vorsitzende Simone Peter auf Twitter. Erst wollten die Demo-

Petrys Äußerung legt den Schluss nahe, dass sie sich in Nordkorea sehr wohlfühlen würde.

Jan Korte, Linksfaktion

kratiefeinde das Recht auf Asyl aussetzen, dann die Meinungsfreiheit kippen und nun den Grundgesetzartikel 1 zur Würde des Menschen, ergänzt Konstantin von Notz von der Grünenfraktion.

»Für mich gehört die AfD in den Verfassungsschutzbericht und nicht ins Fernsehen«, sagt SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel. CDU-Generalsekretär Peter

Tauber glaubt, die AfD entlarve sich »als Ansammlung frustrierter Ewiggestriger, denen Demokratie, Rechtsstaat und Werte wie Nächstenliebe und Barmherzigkeit nichts bedeuten« und Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger meint, die AfD gehöre »ins absolute politische Abseits«.

Trotz – oder wegen – dieser massiven Proteste lud Vize-AfD-Chefin Beatrix von Storch nach, die auch Berliner Landesvorsitzende ist. Auf ihrer Facebook-Seite schrieb die Rechtsaußen-Frau, Menschen, die aus Österreich einreisen, hätten kein Asylrecht. »Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen.« Auch gegen Frauen und Kinder, meinte Storch – um dann zurückzurufen: »Ich bin grundsätzlich gegen Gewalt gegen Kinder.« Nach letzten Umfragen würde die AfD bundesweit zwölf Prozent der Wählerstimmen erhalten. Seite 5

# Abschiebung in Drittstaaten geplant

Verhandlungen mit Türkei über Rücknahme krimineller Flüchtlinge

Berlin. Die Bundesregierung will nach den Worten von Kanzleramtsminister Peter Altmaier straffällig gewordene Flüchtlinge in Drittstaaten abschieben, wenn eine Rückkehr in die Herkunftsländer nicht möglich ist. »Wir verhandeln mit der Türkei und anderen Ländern über die Rückübernahme auch solcher Flüchtlinge, die aus Drittstaaten kommen«, sagte der Flüchtlingskoordinator in der »Bild am Sonntag«. »Das kann dann bedeuten, dass solche Flüchtlinge nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden, wenn dort zum Beispiel Bürgerkrieg herrscht, sondern in das Land, über das sie in die EU gekommen sind«, so der Christdemokrat.

Derweil will die CSU noch mehr Länder zu »sicheren Herkunftsstaaten« machen. Bayern habe im Bundesrat die Einstufung von elf weiteren Staaten beantragt, teilte Ministerpräsident Horst Seehofer mit. Auf die umstrittene Liste sollen auch Armenien, Bangladesch, Benin, Gambia, Georgien, Indien, Mali, die Mongolei, Nigeria, die Republik Moldau und die Ukraine kommen. Agenturen/nd Seite 15

# 39 Flüchtlinge in Ägäis ertrunken

Über 400 Menschen gerettet

Istanbul. Vor der türkischen Ägäisküste sind bei einem Schiffsunglück am Wochenende mindestens 39 Flüchtlinge und Migranten ums Leben gekommen. Ihr Schiff sei am Samstag auf dem Weg von der türkischen Provinz Canakkale zur griechischen Insel Lesbos gewesen, meldete die türkische Nachrichtenagentur Anadolu unter Berufung auf die Küstenwache. In der Nähe von Ayvacik habe das Schiff dann einen Felsen gerammt und sei gekentert. Unter den Opfern waren auch Kinder. 75 Menschen wurden gerettet. Die Flüchtlinge stammten den Angaben zufolge aus Syrien, Afghanistan und Myanmar. Die griechische Küstenwache und die europäische Grenzschutzagentur Frontex retteten am Wochenende insgesamt mehr als 400 Menschen aus der Ägäis. Zwei Schleuser wurden festgenommen, wie die griechische Küstenwache mitteilte. Vor der Insel Lesbos wurde am Freitagnachmittag eine Leiche geborgen. Der Seeweg von der Türkei zu den vorgelagerten griechischen Inseln ist seit dem vorigen Jahr die Hauptroute von Flüchtlingen auf dem Weg nach Europa. dpa/nd

# Verzögerung bei Syrien-Gesprächen

IS-Terroranschlag nahe Damaskus

Genf. Nach neuen Schreckensmeldungen aus Syrien – so sollen nach Anschlägen der Terrormiliz Islamischer Staat am Wochenende mindestens 58 Menschen gestorben sein – drohen die Regimegegner bei den Genfer Friedensgesprächen mit ihrem Rückzug, sollte sich die humanitäre Lage nicht verbessern. Man sei nach Genf gekommen, um mit UN-Sonderversmittler Staffan de Mistura darüber als erstes zu reden. Am Sonntag trafen die Vertreter des in Riad ansässigen Hohen Verhandlungskomitees der Regimegegner de Mistura zu einem ersten Gespräch.

Der Leiter der syrischen Regierungsdelegation, Baschar Dschaafari, warf der Opposition hingegen vor, sie habe den Beginn der Gespräche um mehrere Tage verzögert. Das sei ein Beleg für ihre fehlende Ernsthaftigkeit. Die Regierung wolle ein Ende des Blutvergießens. »Priorität der Priorität« habe für Damaskus der Kampf gegen den Terrorismus. Dschaafari beschuldigte Staaten wie die Türkei und Saudi-Arabien, diesen »als Waffe« zu benutzen. dpa/nd Seite 7